

Wie groß ist die Gefahr durch Islamisten?

Im Kreis Calw existiert nach Angaben des Verfassungsschutzes „ein islamistisches Gesamtpersonenpotenzial“. Manche dieser Menschen seien gewaltbereit. Das Innenministerium gibt Auskunft, um wie viele es sich etwa handelt, ob es Gefährder gibt und wie es um islamistisch motivierte Straftaten steht.

■ Von Ralf Klormann

KREIS CALW. Die Zahl der islamistischen Gefährder in Baden-Württemberg ist in den vergangenen Jahren gesunken. Das teilte vor Kurzem der Innenausschuss des Landtags mit, berichtet der SWR.

Seit 2019 habe sich die Anzahl dieser Gefährder demnach von einer hohen auf eine niedrige zweistellige Zahl reduziert.

Innenminister Thomas Strobl (CDU), so der SWR, habe dennoch erst vor Kurzem gesagt, religiöse Ideologie bereite ihm Sorgen. In diesem Bereich wurden im ersten Halbjahr 2024 bereits 36 Straftaten gezählt, 2023 waren es im selben Zeitraum 17 gewesen.

Keine Straftaten aus dem Bereich „Islamismus“

Der Kreis Calw scheint dabei keinen Brennpunkt zu bilden – im Gegenteil. Wie das baden-württembergische Innenministerium erklärt, seien zwischen 2013 und 2023 sowie im ersten Halbjahr 2024 keine Straftaten verzeichnet worden, die sich dem Bereich „Islamismus/Fundamentalismus“ zurechnen lassen.

Das geht aus einer Antwort auf eine Kleine Anfrage des AfD-Abgeordneten Miguel Klauß hervor, die unserer Reaktion vorliegt. Klauß sitzt für den Kreis Calw im Landtag. Er hatte unter anderem nach Straftaten von Islamisten gefragt, die seit 2013 im Kreis beangangen wurden.

Ob diese Personengruppe generell Straftaten zu verantworten hatte (etwa Sachbeschädigung, Nötigung oder Körperverletzung), lasse sich anhand der Daten aber nicht auswerten. Sollte das der Fall gewesen sein, handelte es sich aber nicht um politisch oder ideologisch-religiös motivierte Taten.

Dazu passt die Auskunft, dass es laut Kenntnis der Be-



Eine beschlagnahmte Waffe liegt während einer Pressekonferenz der Polizei auf einer IS-Flagge – könnten solche Bilder auch aus dem Kreis Calw drohen? Foto: Swen Pförtner/dpa

hörden derzeit – Stand 1. September – keine islamistischen Gefährder im Kreis Calw gebe.

Gefährder definiert das Ministerium dabei als Personen, bei denen anhand bestimmter Tatsachen davon ausgegangen werden könne, „dass sie politisch motivierte Straftaten von erheblicher Bedeutung“ begehen könnten.

Auch islamistische Organisationen oder Aktivitäten wie Rekrutierungsveranstaltungen oder Auftritte von „Hasspredigern“ gebe es den Erkenntnissen der Landesregierung zufolge im Kreis Calw nicht.

Aber: „Nach den Erkenntnissen des Landesamtes für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (LfV) existiert im Landkreis Calw ein islamistisches Gesamtpersonenpotenzial

im niedrigen zweistelligen Bereich, wovon ein Teil für Gewalt mobilisierbar ist“, heißt es seitens des Ministeriums.

Eine Gewaltorientierung sei in Teilen der islamistischen Szene ganz allgemein stark ausgeprägt, „da Gewalt in diesem Phänomenbereich als szenotypisch anzusehen ist. Sie kann von repressiver psychischer Gewalt, zum Beispiel im familiären Kontext, über Körperstrafen für Vergehen bis hin zu terroristischen Handlungen reichen“.

Die Polizei Baden-Württemberg treffe im Rahmen ihrer Zuständigkeit alle erforderlichen Maßnahmen der Gefahrenabwehr und der Strafverfolgung. Die Strategie der Sicherheitsbehörden reiche „von der Früherkennung jihadistischer

Gewalttäter, über eine intensive Gefährderüberwachung und einer konsequenten Strafverfolgung, bis hin zu Deradikalisierungsmaßnahmen“.

Der AfD-Abgeordnete Klauß bewertet die Auskunft als einen Anlass, um wachsam zu bleiben. Er bezeichnet Dschihadismus als Dauerprob-

lem und fordert umfangreiche Abschiebungen.

Wie aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion hervorgeht, über die die „Welt“ im Frühjahr berichtete hatte, hatten laut den damaligen Zahlen allerdings mehr als zwei Drittel der 984 als

„Gefährder“ und „Relevante Personen“ eingestuftem Islamisten die deutsche Staatsangehörigkeit.

Sie erreichen den Autor unter

ralf.klormann
@schwarzwaelder-bote.de



Extremismus

Laut Bericht des Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV) für das Jahr 2023 gibt es Tausende Extremisten verschiedener Richtungen in Baden-Württemberg. Dazu gehören rund 4160 Islamisten, denen im vergangenen Jahr 92 politisch motivierte, kriminelle Taten im Bereich „Religiöse

Ideologie“ zugerechnet wurden. Darüber hinaus nennt das LfV 2460 Rechtsextremisten (1916 politisch motivierte, kriminelle Taten im Bereich „Rechts“ im Jahr 2023) und 2650 Linksextremisten (497 politisch motivierte, kriminelle Taten im Bereich „Links“ im Jahr 2023). Nicht zuletzt sind

rund 4000 „Reichsbürger und Selbstverwalter“ aufgeführt. Für diese nennt der Verfassungsschutz keine spezifische Anzahl an Straftaten; etwa zehn Prozent der bekannten „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ – also etwa 400 Personen – werden aber als gewaltorientiert eingestuft. *rk*

Schließung der Notfallpraxen sorgt für wachsende Proteste

Auch CDU-Politiker im Kreis Calw kritisieren die Pläne der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg. Klaus Mack, Thomas Blenke und Bernhard Plappert sorgen sich um den Standort in Calw und die medizinische Versorgung in der gesamten Region.

KREIS CALW. Die geplante Schließung mehrerer Notfallpraxen in Baden-Württemberg stößt auf massive Kritik. Auch die Einrichtung in Calw steht vor dem Aus.

„Das sorgt für eine erhebliche Verschlechterung der medizinischen Versorgung in der gesamten Region. Um im Notfall eine der verbleibenden Praxen zu erreichen, ist das für die Patienten mit längeren Anfahrtswegen verbunden. Das bedeutet klar eine Benachteiligung der Menschen im ländlichen Raum“, kritisieren der CDU-Bundestagsabgeordnete Klaus Mack, sein Landtagskollege und Staatssekretär Thomas Blenke sowie der Mediziner und CDU-Kreisrat in Calw, Bernhard Plappert in einer Pressemitteilung.

Ärgerlich seien die Schließungspläne der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Würt-



Um die Notfallpraxen im Land wird derzeit heftig gerungen – auch im Kreis Calw

Foto: Bernd Weißbrod/dpa

temberg (KVBW) vor allem vor dem Hintergrund, dass der Landkreis Millionen in den Bau des neuen Krankenhauses in Calw mit Gesundheitscampus

investiert, das nächstes Jahr in Betrieb gehen soll – inklusive einer Notfallpraxis. So sei es zwischen dem Kreis und der KVBW abgesprochen und wer-

de baulich umgesetzt. „Mit einem Rückzieher der KVBW wäre diese Investition umsonst“, sagen die drei CDU-Politiker.

Sie sehen dringenden Handlungsbedarf, sich gegen die Schließungspläne einzusetzen. So unterstützen Mack, Blenke und Plappert Landesminister Peter Hauk (CDU) in seiner Forderung nach einem Einschreiten des Landesgesundheitsministeriums.

„Wer die Strukturen in der medizinischen Versorgung effektiver gestalten will, darf dies nicht zu Lasten der Patienten tun. In wirklichen Notfällen kann das schnell eine Frage von Leben und Tod sein“, sagen die drei Politiker, die ihre Kritik auch in einem gemeinsamen Schreiben an die KVBW formulieren.

Dass einfach über die Köpfe vor Ort solch gravierende Ent-

scheidungen getroffen werden, ist auch Thema in der nächsten Sitzung der CDU-Landtagsfraktion. Für kommenden Dienstag sind dort Vertreter der KVBW eingeladen.

Die KVBW begründet die Schließungen der Notfallpraxen unter anderem mit einem Mangel an Ärzten und der Notwendigkeit, die vorhandenen Ressourcen effizienter einzusetzen.

Fataler Irrweg für das ganze System

Mack, Blenke und Plappert sehen darin aber einen fatalen Irrweg für das ganze System. „Die Schließungen führen unweigerlich zu einer Mehrbelastung des Rettungsdienstes, der dann für echte Notfälle womöglich nicht zur Verfügung steht. Auch besteht die Sorge, dass Patienten die Notaufnahmen der Krankenhäuser fluten,

wenn die nächste Notfallpraxis weit entfernt liegt. Damit entsteht eine Überbelastung des Personals und der Strukturen dort“, sagen sie.

Um die Notfallversorgung in Deutschland weiterzuentwickeln und den Zugang zu Notfallambulanzen gezielter zu steuern, habe die CDU/CSU-Bundestagsfraktion vergangenes Jahr Reformmaßnahmen in die parlamentarische Diskussion eingebracht.

Kernpunkte seien der Ausbau und die Stärkung von Bereitschaftspraxen und -diensten, eine bessere Vergütung des Personals, mehr Telemedizin und die Vernetzung der Notfallnummern, um Patienten schneller zur richtigen Anlaufstelle zu leiten. Auch sollten durch Kampagnen und Schulungen Bürger besser einschätzen können, wann ein echter Notfall vorliegt.